

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

10.12.1927 (No. 288)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. A. u. n. d.
 Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der polnisch-litauische Konflikt vor dem Völkerbund

Der holländische Außenminister hat in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für den polnisch-litauischen Streitfall Freitagabend erstmals mit beiden Parteien verhandelt, und zwar zunächst mit Jaleski und im Laufe des späteren Abends mit Wolbomaras. Heute nahm der Rat zunächst in einer streng geheimen Sitzung einen ersten Bericht des holländischen Außenministers entgegen. Wahrscheinlich dürfte aber die Wiederaufnahme der öffentlichen Verhandlung des polnisch-litauischen Streitfalls erst am Montag erfolgen. Der Kampf scheint gegenwärtig um die Zusammensetzung und die Befugnisse der von Wolbomaras beantragten Grenzkommission zu gehen, die nach den Vorfällen des litauischen Ministerpräsidenten nicht nur die Vorgänge beiderseits der polnisch-litauischen Grenze überwachen, sondern auch die Wandenbildung und die Befolgung litauischer Staatsangehöriger auf polnischem Gebiet untersuchen und unterbinden soll.

W.B. Genf, 10. Dez. (Tel.) Vom Sonderberichterstatter des V.D.Z. nach den gestrigen sehr intensiven staatsmännlichen Besprechungen über den polnisch-litauischen Konflikt zeigt der Stand der Dinge im Augenblick der ersten bisherigen Begegnung zwischen den beiden Staatsmännern noch keine Anzeichen einer sofort zu erwartenden Einigung. Eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte im Verlaufe der heute vormittag abgehaltenen Geheim Sitzung des Rates liegt aber durchaus im Bereich der Möglichkeit. Die eigentliche Einigung dürfte aber doch zunächst auf sich warten lassen. Bilsudski, der an den Einzelheiten der Verhandlungen selbst nicht beteiligt ist, sondern sie seinem Außenminister Jaleski überläßt, scheint auf eine Klärung der polnisch-litauischen Beziehungen zu dringen. Sollte sein Wunsch verwirklicht werden können, so würde seiner Genfer Reise eine Bedeutung zukommen, die weit über die Tagespolitik hinausgeht. Wolbomaras will jedoch in eine Erweiterung der Tagesordnung des Rates und in eine Aufrollung des Gesamtproblems Polen-Litauen noch nicht einwilligen. Außerdem bestehen Schwierigkeiten wegen der Einsetzung einer Grenzkommission, auf die Polen nicht eingehen will, auf die aber Wolbomaras größten Wert legt. Die Staatsmänner sind eifrig bemüht, neue Formeln für die Lösung der zunächst zur Diskussion stehenden Teilfragen zu finden, wodurch auf jeden Fall die Aufhebung des Kriegszustandes erklärt würde.

W.B. London, 10. Dez. (Tel.) Times berichtet aus Warschau vom 9. Dezember: In Befolgung der aus Genf telegraphierten Anweisungen werden das Mitglied der französischen Militärmission in Polen, Oberst Faure, der britische Militärattaché, Oberstleutnant Bridge, und der italienische Militärattaché, Oberst Roatta, um Mitternacht nach Warschau abfahren, um sich an Ort und Stelle mit den militärischen Vorkämpfern in dieser Gegend bekanntzumachen.

Die heutige Genfer Ratssitzung

W.B. Genf, 10. Dez. (Tel.) Der polnische Ministerpräsident Bilsudski, der gestern hier angekommen ist, ist heute vormittag kurz vor halb 11 Uhr im Generalsekretariat des Völkerbundes erschienen. Er begab sich sofort in die Räume des Generalsekretärs. Wenige Minuten später erschien der litauische Ministerpräsident Wolbomaras, der sich ebenfalls sofort zu der auf halb 11 Uhr anberaumten streng geheimen Besprechung der Ratssitzung beim Generalsekretär Sir Eric Drummond begab. Damit findet die erste persönliche Begegnung zwischen Bilsudski und Wolbomaras statt, an der man bisher gewweifelt hatte. Die gestrige Besprechung zwischen Wolbomaras und dem Berichterstatter, dem holländischen Außenminister van Blokland, hatte bis nach Mitternacht gedauert. Eine Annäherung der Standpunkte ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Die geheime Sitzung des Rates dauerte etwa eine Stunde und war 1/2 vor 12 Uhr beendet. Die Teilnehmer haben beim Verlassen des Generalsekretariats den Pressevertretern keine Auskünfte gegeben. Es ist geplant, heute nachmittag 5 Uhr eine öffentliche Ratssitzung abzuhalten, die, falls sie stattfinden kann, der weiteren Behandlung der polnisch-litauischen Frage gelten wird.

Der beratende Wirtschaftsausschuss

In einer nichtöffentlichen Sitzung hat der Völkerbundsrat am Freitag die von Dr. Stresemann unterbreiteten Vorschläge zur Bildung des beratenden Wirtschaftsausschusses genehmigt, dessen Einsetzung von der Weltwirtschaftskonferenz zwecks Fortsetzung ihrer Arbeiten gefordert worden war. Deutschland ist in diesem Ausschuss vertreten durch Franz v. Mendelssohn, Präsident des Industrie- und Handelsrates, Dr. Kammerer, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, dem frühesten Reichsminister Dr. Hermes, Mitglied des internationalen landwirtschaftlichen Ausschusses und Hermann Müller, Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Theunis (Belgien) wurde zum Präsidenten, Loucheur (Frankreich), Colijn (Holland) und Chatterjee (Indien) zu Vizepräsidenten ernannt. Ferner schloß der Rat die Aussprache über den englischen Antrag auf Herabsetzung der jährlichen Ratssitzungen von vier auf drei ab. Das Ergebnis ist eine grundsätzliche Zustimmung für die Herabsetzung, wobei jedoch eine vierte Tagung jährlich fakultativ bleiben soll. Eine Änderung des jetzigen Systems kann frühestens durch die nächstjährige Völkerbundsversammlung beschlossen werden.

Letzte Nachrichten Die Krise in der Eisenindustrie

W.B. Essen, 10. Dez. (Tel.) Die heutigen Einigungsverhandlungen in der Grobeisenindustrie sind nach etwa zweistündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Die Gewerkschaften halten an den bekannten Forderungen fest, deren Bewilligung für die Arbeitgeber unmöglich ist. Es ist daraufhin die Schlichterkammer gebildet worden, die zur Zeit tagt. Wann die Kammer den Schiedsspruch fällen wird, läßt sich noch nicht übersehen.

M. Berlin, 10. Dez. (Priv.-Tel.) In der Frage der Arbeitszeit haben sich die politischen Schwierigkeiten in den letzten Tagen erheblich verschärft. Wie in politischen Kreisen verlautet, bestehen ziemliche Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen Ressorts, namentlich zwischen Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium nicht nur aus Gründen verschiedener politischer Anschauungen, sondern auch wegen der Aufgaben der beiden Ministerien. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen stehen nicht gegen die Industrielassen, wie es beim Zentrum der Fall ist. Wenn heute verlautete, daß das Zentrum seine im Reichstag wegen der angekündigten Betriebsstilllegungen eingebrachte Resolution zurückziehen wolle, so bekräftigt sich das nicht, gilt aber auch als ausgeschlossen. Man mußte zunächst das Resultat der heutigen Schlichtungsverhandlungen in Essen abwarten, wobei man freilich wenig Hoffnung hatte, daß sie ein Ergebnis bringen könnten.

Die Besoldungsreform

M. Berlin, den 10. Dez. (Priv.-Tel.) Der Haushalts- und Ausschuss des Reichstags hat heute die zweite Lesung der Besoldungsvorlage erörtert, wenigstens soweit es sich um das Gesetz selbst handelt. Am Montag werden jedoch noch weitere Verhandlungen folgen. Zur Frage der Beamtenzulage im besetzten Gebiet und im Zusammenhang damit auch in Berlin und Hamburg, schlägt das Zentrum vor, die gesamte Zulage im nächsten Jahr voll und im übernächsten zur Hälfte auszus zahlen und damit die ganze Frage endgültig abzugetten.

Die Währungsstabilisierung in Frankreich

M. Berlin, 10. Dez. (Priv.-Tel.) Die vorgestrichen Erklärungen Poincarés zur Währungsfrage sind in den Pariser Wirtskreisen so aufgefaßt worden, daß eine neue Aktion unmittelbar bevorstehe. Daraufhin erfolgte eine Börsenhausse. Poincaré hat sich deshalb gezwungen gesehen, eine neue Erklärung abzugeben, in der jede Maßnahme vor den Wahlen als ausgeschlossen bezeichnet wird.

Die Ruhrrentschädigungen

W.B. Berlin, 10. Dez. (Tel.) Zu der heute auf der Tagesordnung des Reichstages stehenden Beratung der Ruhrrentschädigungen legt der Untersuchungsausschuss eine Entschädigung vor, die zwar feststellt, daß das Statut des Reichstages verletzt worden ist, und die Industrielassen bei den Entschädigungszahlungen bevorzugt wurden, die aber weiter keine Folgerungen daraus zieht, als daß dies durch ausreichende Entschädigung der Arbeiter, der Angestellten und des Mittelstandes ausgeglichen werde.

Die Kommunisten haben einen ausführlichen Gegenantrag eingebracht, der zu dem Ergebnis kommt, daß die Reichsregierung Stresemann und Marx die Reichskasse um 715 Millionen beraubt und eine geradezu schamlose Verwässerung der Ruhrindustriellen auf Kosten der Allgemeinheit unter Umgehung des Reichstages betrieben hätten. Der Reichstag solle aus diesen Gründen beschließen, die Reichsanzler Stresemann und Marx vor den Staatsgerichtshof zu stellen, die 715 Millionen von den Ruhrindustriellen wieder einzuziehen und zur Entschädigung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Leute des Mittelstandes verwenden.

Antrag auf Rückgabe des fremden Eigentums
 W.B. Washington, 10. Dez. (Tel.) Der Demokrat Hawes hat im Senat einen Antrag auf Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums eingebracht.

Das Reichskabinett hat sich in einer seiner letzten Sitzungen zwecks weiterer Vorbereitung der für Mitte Januar in Aussicht genommenen Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder abermals mit Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich und Ländern befaßt.

Die 26prozentigen Einfuhrabgaben auf deutsche Reparationslastlieferungen. Wie Havas berichtet, sind innerhalb der Reparationskommission Verhandlungen im Gange, die 26prozentigen Einfuhrabgaben auf nach Frankreich eingeführte deutsche Reparationslastlieferungen in dem Sinne abzuändern, daß diese Abgaben künftig direkt an den Agenten für die Reparationszahlungen abgeführt werden.

* Adam Remmele zur Frage des Einheitsstaates

Der badische Staatspräsident, Innenminister Dr. Remmele, hat am Mittwochabend vor den Karlsruher Funktionären seiner Partei ein ausführliches Referat erstattet über die Frage des Einheitsstaates, der etwaigen Neugliederung des Reiches und der dringend notwendigen Verwaltungsreform. Die Ausführungen Remmeles sind lediglich persönliche Meinungsäußerungen, sie haben, wie er selbst betonte, mit seiner Stellung als Staatspräsident nichts zu tun. Daran wird man sich auch bei der Besprechung seines Referats zu halten haben.

Im politischen Bedeutung verliert indessen seine Rede dadurch kaum. Denn Remmele darf auf Grund seiner Leistungen als Politiker und Minister erwarten, daß alle seine Ausführungen sorgsamst beachtet werden. Aus ihnen spricht die Erfahrung einer neunjährigen Praxis. Darüber hinaus sind sie wertvoll als die Bekenntnisse eines Mannes, der von jeher offen seine Meinung gesagt und die Dinge beim rechten Namen genannt hat.

Was nun die Ausführung selbst betrifft, so werden sie, im ganzen genommen, wohl eher den Föderalisten, als den Unitaristen gefallen. Und das ist überaus bedeutsam, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Partei Remmeles, die Sozialdemokratie, prinzipiell auf dem Boden des Einheitsstaates steht. Erfreulich ist es jedoch, daß der sozialdemokratischen Partei hier einmal von einem Parteigenossen, der gleichzeitig ein Mann der Praxis ist, eine Darstellung gegeben wird, die sich von allen Einseitigkeiten fernhält, die Kernpunkte des ganzen Problems herausstellt und demgemäß einen jeden politisch tätigen Volksgenossen recht sehr zum Nachdenken anregen sollte. Von seinem Standpunkt aus hält denn auch Adam Remmele die Frage „Einheitsstaat oder Föderativstaat?“ nicht geeignet für eine Agitations- oder gar Wahlparole.

Adam Remmele sagt: „Ich entscheide mich als Praktiker für die Erhaltung von Ländern, wenn es möglich ist, die kleinen Länder zu arbeits- und lebensfähigen Gebilden neu zusammenzufassen.“ Theoretisch mag wohl auch ihm der Einheitsstaat als das schließlich einmal wünschenswerte Gebilde vorschweben. Aber praktisch ist er der Ansicht, daß man die Existenz der Länder zu erhalten habe. Voraussetzung bei alledem ist für Remmele die Leistungsfähigkeit eines jeden Landes. Nur dann, wenn ein Land aus sich selbst heraus zu existieren vermag, hat es staatsrechtliche und moralischen Anspruch auf diese Existenz.

Unter dem Gesichtswinkel der dringend notwendigen Verwaltungsreform betrachtet, würde der große Nutzen einer derartigen Neugliederung darin bestehen, daß man dann endlich einmal faktisch an eine Reform heranginge, daß man dann endlich einmal die Auswüchse des Bürokratismus wirklich beseitigen könnte, indem man von vornherein den gesamten Verwaltungsapparat den wirklichen Bedürfnissen anpaßt. Und jeder Volksgenosse, auch jeder Beamte, würde es schließlich begreifen, daß eine derartig tief einschneidende staatsrechtliche Neuorganisation auch eine ebenso tief einschneidende Neuorganisation des Verwaltungsapparats mit sich bringen müßte.

Wer das Referat Remmeles aufmerksam liest, gewinnt den Eindruck, daß, wenn nicht gerade ein Wunder geschieht, wenn also nicht gerade das Reich selbst den bedrängten Ländern beibringt, für alle kleineren Länder — und zu ihnen zählt er auch Baden — in einigen Jahren der Moment kommen wird, wo sie erklären müssen: wir können nicht mehr, wir kommen aus eigenen finanziellen Mitteln nicht mehr vorwärts. Dann bliebe wohl kaum eine andere Lösung übrig, als die Schaffung des Einheitsstaates. Adam Remmele schwebt offenbar eine andere Lösung, eine Art Zwischenlösung, vor. Die Möglichkeiten dieser Zwischenlösung sind etwa folgende: Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts der großen und wirklich lebensfähigen Provinzen in Preußen, Schaffung von drei oder zwei wirtschaftspolitisch zusammengehörigen und gleichfalls wirklich lebensfähigen Ländern im Süden.

Bei der Schaffung von drei Ländern würde es sich darum handeln, daß das rechtsrheinische Bayern und Württemberg bestehen bleiben, und daß Baden, Hessen und Pfalz zu einem einheitlichen Landesgebiet „Oberrhein“ zusammengefaßt werden. Daß, wirtschaftspoli-

tisch gesehen, die Pfalz mit dem rechtsrheinischen Bayern kaum noch etwas zu tun hat, ist schon in früheren Jahren von sehr ernsthaften und unbefangenen Beurteilern erklärt worden. Würde man den Süden in zwei größere Ländergebiete teilen, dann würden Baden, Hessen, Pfalz und Württemberg miteinander vereinigt werden; sie würden als das eine süddeutsche Land mit insgesamt rund 7 180 000 Einwohnern dem rechtsrheinischen Bayern mit rund 6 442 500 Einwohnern gegenüberstehen.

Das wären dann wirklich größere und lebensfähige Gebiete. Und zumal, was die Länder am Oberrhein anlangt, so könnten sie, zu einem einheitlichen staatsrechtlichen Gebilde zusammengefaßt, auch ohne Württemberg mit einem ganz anderen Nachdruck in Berlin auftreten, als das bisher der Fall ist. Bekanntlich hat der badische Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr dieser Tage davon gesprochen, ob man nicht in Süddeutschland neben Bayern noch einen zweiten großen süddeutschen Staat durch Zusammenlegen errichten sollte. Übrigens steht auch der ehemalige bayer. Innenminister Dr. Schwegler auf dem Standpunkt, daß das Reich in eine größere Zahl wirklich lebensfähiger Staaten gegliedert werden müsse, die nach ihrer wirtschaftlichen Struktur wirklich befähigt sind, lebensfähige Teile eines großen Ganzen zu sein.

Was die finanzielle Lage Badens betrifft, so ergibt sich aus dem Referat Kemmeles eine Auffassung, nach welcher wir nicht mehr in der Lage sind, den sachlichen Anforderungen, die mit Recht an die Staatskasse gestellt werden, zu genügen, da die personellen Aufwendungen schon so viel beanspruchen, daß für die sachlichen Ausgaben zu wenig übrig bleibt. Kemmele hat den Satz geprägt, „daß auf den Gebieten des Straßenbaues, der produktiven Erwerbslosenunterstützung, des Wohnungsbaues und der Unterhaltung der staatlichen Bäder und Amtsgebäude der badische Staat total im Rückstand sei“. Und auch aus allen übrigen Darlegungen Kemmeles geht hervor, daß er den Glauben, Baden könne als ein für die Dauer lebensfähiges Land im Rahmen des Reiches betrachtet werden, nicht teilt.

Zur Frage der badischen Verwaltungsreform hat Kemmele beachtenswerte, praktische Vorschläge gemacht. Er hat sich auch sehr offen ausgesprochen über die Art und Weise, wie das Reich und die Reichstagsabgeordneten immer mehr und mehr in Dinge hineinreden, die der Kompetenz des Landes unterliegen, und er erwartet demgemäß von einer Neugliederung, daß sie die Kompetenzen so verteilen wird, daß Überschreitungen durch das Reich oder durch Reichstagsabgeordnete ausgeschlossen sind. Ferner hat Adam Kemmele sehr richtig erkannt, daß schließlich das Kernproblem der großen Gesamtfrage „Einheitsstaat oder Föderativstaat?“ die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen ist. Auch zu dieser Angelegenheit hat er sich geäußert. Man wird auf solche Einzelheiten des Referats wohl noch bei späteren Gelegenheiten zurückkommen haben.

Jedenfalls ist das Referat, das in der gestrigen Nummer des „Volkstums“ (Nr. 287 vom 9. Dezember) abgedruckt ist, so bedeutsam, daß es jeder lesen sollte, der sich mit der Frage des Einheitsstaats und der Verwaltungsreform beschäftigt. Die ganze Erörterung ist ja mitten im Fluß, und da ist jede Darlegung dankbar zu begrüßen, die von einem Manne der Praxis herührend, sich ernstlich bemüht, Lösungsmöglichkeiten zu zeigen.

Karlsruher Konzerte

Wenige Tage, nachdem in der Festhalle der Lehrergesangverein ein Philippisches Werk zur Erstaufführung gebracht hatte, gelangten im gleichen Rahmen abermals verschiedene Männerchöre der Karlsruher Sängerwoche zur örtlich ersten Wiedergabe. Es war die Liederkolle, die damit zugleich jene drei Kompositionen wiederholte, die ihr schon in Nürnberg selbst spontanen Erfolg eingetragen hatten. Darunter ist fraglos Rudolf Suds „Poldenriedhof“ das bedeutendste chorische Großwerk, nicht nur weil es der allgemeinen Wankung des Klang-Sinnes von heute sehr nahe kommt, sondern weil es zu einer inanglichen Impression ein Geschehnis verdichtet, das jeden Zuhörer ins Innerste trifft. An solch erlebnishaft erschütternde Vision voll tragischer Erfüllung reicht Ludwig Baumann nicht ganz heran, obwohl er in seinem „Geisterruf“ die Stimmen noch enger, noch spannungsvoller aneinanderrückt und sie auch zu dynamisch stärkeren Entladungen zusammenballt. Es ist gewiß eine Leistung von beträchtlichem Ausdruckswert, letzten Endes aber doch nur ein durch das gefährliche Wort „Kunstchor“ zu charakterisierendes Erzeugnis. Weit bedenklicher scheint der ästhetische Widerspruch zwischen der relativ einfachen Substanz der Tonsprache und dem gewaltigen Aufgebot an Mitteln allerdings bei G. Schumanns Motette: „Wahet auf, ruft uns die Stimme“. Orgel, vier Trompeten, drei Posaunen und Pauke sind hier vollkommen auf äußerliche Wirkung abzielende Zutaten und deshalb keineswegs ein den Gesamteindruck nachhaltig mitbestimmender Faktor. Dem Suds'chen Klangrelief gab Hugo Mahner mit seinem stattlichen Männerchor vor allem eine prachtvolle Ausdehnung, in später folgenden Volksliedern bewies er aber auch, daß er seine Sänger auf kammermusikalisch abgestimmten Feinklang ebenso trefflich einzustellen weiß. Bei dem solistisch beteiligten Berliner Baritonisten Theodor Scheidl berührte sofort sympathisch, daß er sich zwei aus den sonst von Sängern gern gemiedenen ersten Gesängen (Brahms) gewährt hatte. Auch die nachfolgenden Liedgruppen von Brahms, Fritzer, Strauß und Graener verstand er mit einem zarpoetischen Schleiern zu umkleiden.

Wer wollte leugnen, daß Richard Strauß gleich mit seiner ersten sinfonischen Dichtung „Don Juan“ eine Sonderstellung in der Musikgeschichte eingenommen und damals viel Einfluss auf seine Zeit gewonnen hat. Hört man freilich heute, wie es im vierten Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters geschah, gerade dies Werk in einer ausgezeichneten Wiedergabe, so läßt sich wohl kein Hörer mehr

Deutscher Reichstag

W.W. Berlin, 9. Dez.

Abgeordnete als verantwortliche Redakteure

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener Mitglieder des Reichstages. In den meisten Fällen beantragt der Ausschuss, die Genehmigung zu verweigern. Dagegen beantragt er die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abg. Dietrich wegen verschiedener Vergehen, deren sich der Abg. Dietrich in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur nationalsozialistischer Zeitungen schuldig gemacht haben soll. Diese Haltung des Ausschusses deckt sich mit dem auch auf gesetzgeberischem Gebiet von den meisten Parteien eingenommenen Standpunkt, daß die Verfolgung von Pressebesitzern nicht dadurch erschwert werden soll, daß der verantwortliche Redakteur der Zeitung als Abgeordneter den Schutz der Immunität genießt.

Den kommunistischen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens gegen die im Prozeß gegen die kommunistische Zentrale angeklagten Abgeordneten empfiehlt der Ausschuss zur Ablehnung. Er hält aber fest an dem bisherigen Beschluß, daß die Genehmigung zur Verhaftung dieser Abgeordneten nicht erteilt werden soll. Das Strafverfahren gegen die Abgeordneten soll nach dem Ausschußantrag bis zum Beginn der nächsten Sommerferien des Reichstages, oder falls der Reichstag früher geschlossen wird, bis zum Reichstagsantritt ausgesetzt werden.

Von den Regierungsparteien liegt dazu ein Antrag vor, die Immunität der beteiligten kommunistischen Abgeordneten vom Zeitpunkt des Beginns der Sommerferien oder des Reichstagsantritts ab aufzuheben und von diesem Zeitpunkt ab auch die Zulässigkeit der Verhaftung der Abgeordneten oder ihre Vorführung zu genehmigen.

Abg. Dr. Fried (N.C.) beantragt, die Sache des Abg. Dietrich an den Ausschuss zurückzuverweisen. Die Zurückverweisung wird beschlossen.

Zu den Fällen der kommunistischen Abgeordneten kommt es zu einer langen, teils lebhaften Debatte.

Im Hammelsprung wird zunächst mit 165 gegen 139 Stimmen der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens bei vier Stimmenhaltungen abgelehnt.

Unter Ablehnung des Ausschußantrages wird dann der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Es folgt die 3. Beratung des Gesetzentwurfes über die Krankenversicherung der Seelente.

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutschnationalen angenommen.

Zur zweiten Beratung kommen dann die Novelle zum Hypothekendarlehen und das Gesetz über die Pfandbriefe öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten.

Die Vorlagen werden in 2. und 3. Beratung angenommen, ebenso gegen die Linke die Verlängerung der Geltungsdauer des Depot- und Depostengesetzes bis zum 31. Dezember 1929.

Hierauf folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-jugoslawischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag.

Artikel III, der die Erhöhung des Zollfußes für Industriemais auf 5 M bedingt, beantragt der Ausschuss die Sinaussetzung der Inkraftsetzung bis zum 1. März 1928.

Abg. Hamkens (D. Vp.) verliest eine Erklärung der Regierungsparteien, in der der Abschluß des Vertrages begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß sich daraus eine weitere Belebung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien entwickeln werde.

Abg. Frau Seuder (S.) beantragt die Streichung des Art. III. Der ganze Reichstag sollte dagegen Widerspruch erheben, daß hier Fragen der Außenpolitik mit innerpolitischen Wirtschaftsfragen vermischt werden.

Reichsernährungsminister Schiele: Im vorliegenden Falle haben Zweckmäßigkeitsgründe dazu geführt, in das Gesetz eine mit dem Vertragsinhalt eng zusammenhängende materielle Regelung aufzunehmen. Ein gleicher Fall wird sich schwerlich sobald wieder ereignen. Der Minister sucht dann zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Zollhöhung von 1,80 M pro Doppelzentner Industriemais sich angesichts der hohen Verdienstspanne bei der Verarbeitung und im Handel für den Verbraucher gar nicht auswirken brauche.

Abg. Meher (Dem.) bezieht die Erklärung des Ministers

als unbefriedigend. Die Verbraucherpreise würden durch die Zollhöhung doch wesentlich beeinflusst.

Der 3. Antrag auf Streichung des Artikels III wird in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 150 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt und Artikel III mit der vom Ausschuss beantragten Sinaussetzung der Inkraftsetzung auf den 1. März 1928 angenommen.

Vor der Schlußabstimmung in der sich anschließenden 3. Beratung gibt Abg. Müller-Franken (Soz.) eine Erklärung ab, in der der Abschluß des Vertrages begrüßt wird. Die Reichsregierung habe das Gesetz aber verlopelt mit einer der von diesem Handelsvertrag vollkommen unabhängigen Erhöhung des autonomen Zollfußes für den Industriemais. Diese Methode sei bereits bei dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag in Anwendung gebracht worden.

Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme der Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Ein demokratischer Antrag zur Kleinrentnerfürsorge wird debattelos dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Am 19. Uhr vertagt sich das Haus auf Samstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Ausschussbericht über die Aufschätzungen.

Aus den Reichstagsausschüssen

Das Reichsschulgesetz

Der Bildungsausschuss des Reichstages setzte am Freitag die Beratung über den von den Deutschnationalen, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung zum Reichsschulgesetz neu beantragten § 18a fort. Dieser Paragraph soll lauten:

„In Gebieten des Reiches, in denen seit dem 1. Oktober 1918 die Schulform geändert worden ist, ist innerhalb eines Jahres nach Beginn der Durchführung dieses Gesetzes ein Antrag auf Umwandlung einer Volksschule in die frühere Schulform statzugeben, wenn die Erziehungsberechtigten von mehr als der Hälfte der die Schule besuchenden Kinder sich dafür aussprechen.“

Dieser Antrag sieht also für die Umwandlung nur eine einfache Mehrheit vor.

Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.) machte auf die große Erregung aufmerksam, die die Durchführung dieses Antrages in Thüringen hervorgerufen würde.

Preussischer Ministerialdirektor Raefner: Es handelt sich hier um eine grundsätzliche und wesentliche Frage, die das Verhältnis des Reiches zu den Ländern betrifft. Der Vertreter Bayerns sieht auf dem gleichen Standpunkt und hat mich ermächtigt, dies hier zu erklären.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Wir haben kein größeres Interesse an dem Reichsschulgesetz als die Sozialdemokraten; denn die Sozialdemokraten wollen die weltliche Schule, die sie nach dem Wortlaut der Verfassung noch nicht haben, hiermit erreichen. Die Sozialdemokraten sind daher die eigentlichen Nutznießer dieses Gesetzes.

In der Abstimmung wurde § 2 des Entwurfes, der die Formen der deutschen Volksschulen allgemein behandelt, in der von der Deutschen Volkspartei beantragten Fassung angenommen.

Die Volksschulen sind nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Gemeindefachschulen oder Vorkommenschulen oder brenntnisfreie Schulen.

Diesen Schulformen ist — unbeschadet des Art. 146 Abs. 1 der Reichsverfassung — im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.

Neugegründet wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei ein § 12a, wonach von Amts wegen einzurichtende neue Schulen als Gemeindefachschulen einzurichten sind, soweit nicht die Mehrheit der Erziehungsberechtigten eine andere Schulform beantragt. Das Antragsverfahren ist nicht nötig, wenn die Zusammensetzung der Bevölkerung den Schulcharakter von vornherein bestimmt.

§ 18, der den Charakter der bestehenden Schulformen behandelt, wurde in der Fassung eines Antrages der Deutschen Volkspartei (einfache Mehrheit für die Umwandlung einer bestehenden evangelischen, katholischen oder jüdischen Volksschule in eine Gemeindefachschule) angenommen. Angenommen wurde schließlich auch der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auf Einfügung eines § 18a.

Der österreichische Nationalrat hat den Antrag auf Einfügung der Todesstrafe abgelehnt.

von diesen raffinierten Farbenmischungen verblüffen. Sie haben jeglichen Reiz der Neuheit verloren, und selbst wenn Strauß geistreichheit und Witz, erregt er die Gemüter doch lange nicht mehr so stark wie vor vier Jahrzehnten, wo sein erster männlicher Konzertabend ein lebhaftes Für und Wider entfachte, genau übrigens wie kurze Zeit danach seine erste Opernpremierin Salome. Auf diese mit blendender Virtuosität unter Generalmusikdirektor Josef Reips geleitete Leistung folgte Anton Dvoraks' Cellokonzert (op. 104), dessen aufrechte und gesunde Musikantenart immer noch erfreut. Den Solopart spielte Rudolf Hindemith, den man als Kammermusiker sehr schätzt. Seine gepflegte Technik wollte sich indessen diesmal mit dem vollen Orchesterklang zu keiner Einheit verschmelzen, auch einige Eigenwilligkeiten und Unklarheiten der Auffassung störten erheblich, so daß dem Aufbau jede sichere Klarheit fehlte. Es war etwas irgendwie Ungelöstes an dieser Interpretation, trotz aller merkwürdigen Beherrschung, der ja schließlich jeder Künstler dann und wann ausgeht ist, hielt das Publikum mit lebhafter Anerkennung nicht zurück. Der Reiz des Programms gehörte Beethovens „Credo“. Sie hatte entsprechend der von unbedeutender Männlichkeit getragenen Darstellung einen besonders herzlichen Erfolg, dennoch wäre zu überlegen, ob man künftig solche in den letzten Jahren gar zu häufig genossene Partituren nicht zweckdienlicher in größeren Abständen aufführen sollte!

Unter den kleineren Veranstaltungen der Woche sind zunächst zwei Konzerte einheimischer Musikkräfte zu erwähnen. So gab Ruth Korita, der man vor kurzem noch vornehmlich als Lautenfängerin begegnet war, einen Liederabend. Ihren umfangreichen, in seinen Möglichkeiten also scheinbar weitbegrenzten Sopran, suchte sie diesmal auch ersten Gesängen dienstbar zu machen. Am besten gelang es ihr in Schuberts „Suleika I“, wobei ihr ein überlegter Vortrag zu Hilfe kam. Gingen konnte sie die schwerwichtigen Stimmungen in Schuberts „Rehmut“ oder in Schumanns „Lust der Sturmnacht“ noch nicht zu wünschenswerter Entfaltung bringen. In drei neuen Liedern von Th. Kunz kam ihre Eigenart ebenfalls wenig vorteilhaft zur Geltung, um so auszeichnender trat jedoch Kunst zu natürlicher Begabung in den abschließenden sechs Kinderliedern von R. Trunk. Hätte dabei Richard Slevogt einigermaßen feinfühlig begleitet, so wäre man nicht zu kritischen Vorbehalten verpflichtet und könnte immerhin von einem günstigen Gesamteindruck berichten. — Am gleichen Abend lockte eine kammermusikalische Darbietung des Karlsruher Studentendienstes in die technische Hochschule. Von Mitgliedern des akademischen Or-

chesters hörte ich gerade noch Mozarts G-Moll-Streichquintett (K. V. Nr. 516). Sehr angenehm fiel das sichere Spiel des Primgeigers auf, der seinen Kollegen ein zuverlässiger Führer war. Voraus gingen ein Quartett Gahns sowie Beethovens Kreuzerfonate. Auch danach soll es nicht an starkem Applaus des vollbesetzten Auditoriums gefehlt haben.

Nochmals gab es ein Cembalo-Konzert. Schon das von der Firma Neibel erbaute Instrument mußte interessieren. Aus der gleichen Werkstatt stammt bekanntlich der Moorflügel mit Doppel-Klavatur, der neuerdings soviel von sich reden macht. Da auch dies moderne Instrument in seinem Klangcharakter stark an den Cembalo-Ton erinnern soll, ist eine Synthese der alten und neuen Spielweise vielleicht nicht mehr fern. Vorläufig jedoch zeigte Anna Vinde (Berlin) recht deutlich, daß der Vortragsstil des Cembalo gar nicht so einfach zu rekonstruieren ist, wie man gelegentlich glaubte. Nicht nur wissenschaftliche Stillunde setzt dieses entlegene Gebiet voraus, es verlangt auch für jede Phase der Spielbewegung eine bis zur Arm- und Handhaltung durchaus genaue Kenntnis. Daran ließ es die Künstlerin, soweit ich sie beobachten konnte, nicht fehlen, und dies spezielle Studium entschied wohl auch den großen Erfolg ihres Abends.

Zu ähnlichen Überlegungen veranlaßte der Gitarre-Soloabend des spanischen Professors Miguel Lobet. Ursprünglich ist ja das fünf- oder sechsstimmige Instrument jenseits der Pyrenäen heimisch gewesen, bei uns wurde es allenfalls als Liedbegleitung konterfäht. Es zu solistischen Zwecken zu verwenden, widerspricht im Grunde seinem an häusliche Dimensionen gebundenen Charakter. Nur ein mit der Grifftechnik absolut vertrauter Spieler vermag deshalb der Gitarre in einem Solikonzert noch oder wieder einige Reize abzugewinnen. Das ist in der Tat dieser Spanier, der die einjens von den Mauren übernommene Gitarre gar meisterlich beherrscht. Er scheint einer der wenigen Berufenen, die übereinstimmend mit Verlioz das Instrument überhaupt richtig spielen können. Leicht zu erklären blieb, warum das Konzert rein musikalisch trotzdem recht unergiebig verlief. Originalliteratur ist wenig vorhanden, und Bearbeitungen selbst von spanischen Tängen oder katalonischen Volksweisen wirken eben immer wie Produkte aus zweiter Hand. Nichtsdestoweniger merkte das Konzert ein sehr freundliches Echo.

Samlet-Premiere. Gerhart Hauptmanns Neubearbeitung von Shakespeares „Hamlet“, wurde in Dresden zum ersten Male aufgeführt. Der Beifall war außerordentlich groß.

Politische Neuigkeiten

Der Reichsrat und die Lex Brüning

Dem Reichsrat war eine Vorlage zugegangen, die Lohnsteuer von 10 auf 9 Proz. zu ermäßigen und zugleich die bisherige Familienermäßigung für Frauen und Kinder zu erhöhen. Auch für die Veranlagungspflichtigen sollte eine Ermäßigung des Einkommensteuertarifes in den untersten Stufen von 10 auf 9½ Proz. vorgenommen werden. Die Reichsratsausschüsse haben aus finanziellen Gründen nur die Familienermäßigungen angenommen, dagegen die sonstigen vorgeschlagenen Ermäßigungen abgelehnt.

Württemberg beantragte, die gesamte Vorlage abzulehnen. In den Ausschüssen war der württembergische Antrag abgelehnt worden. Er wurde aber in der Vollversammlung wiederholt und hier in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die Ausschlußbeschlüsse selbst wurden in einfacher Abstimmung mit Mehrheit angenommen. Die Reichsregierung erklärte, an ihrer Vorlage festzuhalten. Es wird also eine Doppelvorlage im Reichstage eingebracht werden.

Aus den Verhandlungen ist noch zu berichten, daß der thüringische Minister Dr. Mängel erklärte, daß auch Thüringen gegen die Vorlage stimmen werde, die für Thüringen einen Ausfall von 3½ Millionen Reichsmark bringen werde. Der Vertreter Hamburgs erklärte, daß Hamburg den Ausschlußbeschlüssen zustimmen würde in der Erwartung, daß weitere Maßnahmen unterbleiben würden, die eine Minderung der Ueberweisungen an die Länder zur Folge haben würden. — Badischer Ministerdirektor Kemp stellte Anträge, die im wesentlichen darauf gerichtet waren, das Maß der Erhöhung der Familienermäßigung etwas herabzusetzen. Diese badischen Anträge fanden jedoch keine genügende Unterstützung, so daß darüber nicht abgestimmt wurde.

Reich und Länder

Im thüringischen Landtag wurde bei der Staatsberatung von den Sozialdemokraten die Frage eines Anschlusses an Preußen erneut aufgeworfen. Staatsminister Paulsen erklärte, daß die Staatsregierung in dieser Angelegenheit keinen überleitenden Schritt unternehmen werde. Wenn zweifellos einige Momente für den Anschluß sprechen, so deute die Regierung doch nicht eher an die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit, bis große Vorteile für das Land erwachsen. Auf der Konferenz der Ländervertreter im nächsten Jahr werde auch Thüringen zu dem Problem „Einheitsstaat und Anschluß“ Stellung nehmen müssen, doch habe bis heute noch niemand eine praktische Lösung gezeigt.

Der preussische Finanzminister Dr. Söcker-Kischoff läßt dieser Tage eine Broschüre erscheinen mit dem Titel „Deutscher Einheitsstaat, ein Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung“. Der preussische Finanzminister erörtert die Frage der Reichsreform, der Reichsländer und der Erweiterung der Reichskompetenzen, um zum Schluß einen Vorschlag zur Schaffung eines Reichslandes Norddeutschland darzulegen, der zum deutschen Einheitsstaat überleiten soll.

Die Not der besetzten Gebiete

Nach längerer Debatte erklärte am Freitag im Ausschuß für die besetzten Gebiete Reichsminister Dr. Marx in seinem Schlußwort: Die Anwesenheit der Besatzungstruppen auf deutschem Boden ist ein Unrecht, da sie jedes Grundes entbehrt. Deshalb muß die Besatzung auch beseitigt werden. Ich bestreite es durchaus, daß etwa die Verteilung der deutschen Nationalen Volkspartei zur Verfeinerung der außenpolitischen Lage geführt habe. Diese Verfeinerung ist bereits vor der letzten Regierungsumbildung erfolgt. Die Notlage Deutschlands ist eine große politische Frage, die demnächst entschieden werden muß. Die Reichsregierung wird die mir übermittelten Anregungen prüfen und mit Wohlwollen zur Entscheidung bringen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Nach eingehenden Besprechungen in Warschau haben die Führer der deutschen und der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen sich über die bei Beendigung des deutsch-polnischen Wirtschaftskonfliktes beiderseits aufzuhebenden Kampfmaßnahmen, sowie über die allgemeine Abgrenzung des Verhandlungsgebietes für das zu schließende Ergebnis abgekommen geeinigt. Auf Grund dieses Ergebnisses haben die beiden Delegationen am Freitag nachmittag eine erste Sitzung abgehalten, um in die gemeinsamen Beratungen einzutreten.

Zum Prinzenbesuch an Bord des Kreuzers „Berlin“. Der Reichsdienst der deutschen Presse weiß mitzuteilen, daß der Reichswehrminister den Führer des Kreuzers „Berlin“, Kapitän Kolbe, aufgefordert habe, sich sofort nach Berlin zu begeben, um über die Vorgänge beim Besuch des Prinzen Heinrich an Bord des Kreuzers „Berlin“ vor Eternförde Bericht zu erstatten. Kapitän Kolbe werde von Gdiz, wo der Kreuzer „Berlin“ inzwischen eingelaufen ist, nach Berlin reisen. In dessen werde der Kreuzer seine Fahrt von Gdiz nach Genua fortsetzen.

Kurze Nachrichten

Quiddes Nobelrede. Professor Ludvig Quiddes, der, wie gemeldet, gemeinsam mit Ferdinand Duiffon den Friedensnobelpreis erhält, ist von München über Berlin nach Oslo abgereist, wo er am heutigen Samstag bei der Ueberreichung des Preises den üblichen Vortrag halten wird. Das Thema ist: „Abriistung und Sicherheit“.

Für eine Fortozwischenstufe für Briefe von 20—50 Gramm. Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands ist beim Reichspostministerium wegen Einführung einer Fortozwischenstufe für Briefe von 20—50 Gramm vorstellig geworden.

Schwere Studentenausführungen in Klausenburg. Rumänische Studenten verübten auch in Klausenburg (Siebenbürgen) große Ausschreitungen. Ein Militärkordon am Bahnhof durchbrechend zogen etwa 2000 Studenten ins Stadttinnere, wo sie Kaufläden ohne Rücksicht auf die Nationalität des Eigentümers, sowie den jüdischen Tempel zerstörten. Der Schaden beläuft sich auf 100 000 Lei.

Sturz der finnischen Regierung. Die sozialdemokratische Regierung Tanner, die seit etwa einem Jahre im Amte ist, demissionierte, wie aus Helsinki gemeldet wird, weil sie im Reichstag bei der Abstimmung über ihre neuen Steuer- und Polvoranschläge, zumal in der Frage des Roggenzolls, für ihre Anträge keine Mehrheit zu erzielen vermochte.

Das neue estnische Kabinett. In Estland ist ein neues, auf der Koalition der bürgerlichen Parteien beruhendes Kabinett gebildet worden. Ministerpräsident ist Tõnnissen, Auswärtige Angelegenheiten Rebane. Die neue Regierung, die über 60 von den 100 Sitzen im Parlament verfügt, erhielt mit 53 gegen 31 Stimmen ein Vertrauensvotum.

Badischer Teil

Bisher nicht beschäftigte Volksschulandidaten

Volksschulandidaten und -landbattinnen, die bis jetzt nicht im öffentlichen Schuldienst als voll bezahlte Lehrer verwendet sind, werden durch den Unterrichtsminister aufgefordert, spätestens bis zum 1. Januar den Kreis- und Stadtschulämtern ihres Aufenthaltsortes schriftliche Anzeigen über ihre augenblickliche Beschäftigung zu erstatten.

Tagungen

Kartelltag republikanischer Studenten. Wie bereits berichtet, findet am 10. und 11. Dezember in Heidelberg der Kartelltag der republikanischen Studenten Deutschlands und Österreichs statt. Am heutigen Samstag findet in der Stadthalle ein Begrüßungsabend statt, zu dem auch Staatspräsident Dr. Klemm sein Erscheinen zugesagt hat. Sonntags folgt die Vollversammlung des Kartelltages in der „Harmonie“, wobei besonders die durch die Abstimmung der preussischen Studentenschaften geschaffene Lage besprochen werden soll. Für den Abend ist eine öffentliche Kundgebung im Turnsaale des Klingenteiches vorgesehen, in der Redner der Weimarer Koalition sprechen werden. Von den Sozialdemokraten weiß man, daß Dr. Breitscheid das Wort ergreifen wird, während die Redner des Zentrums und der Demokraten noch nicht bekannt sind.

Warnung vor einem Betrüger mit Glühbirnen

Ein angeblicher Ingenieur E. Hubert teilt Privatschulen und Wohlfahrtsanstalten telephonisch mit, daß das Gas- und Elektrizitätswert beschloßen habe, eine Ermäßigung des Strompreises bis zu 35 Prozent zu gewähren, wenn eine gewisse Vergann-Sparbirne verwendet werde. Er werde einen jungen Mann schicken, der die Glühbirne verkaufe. Es ersehe sich nach kurzer Zeit ein etwa 25 Jahre alter Mann, der 20—30 gewöhnliche Glühbirnen bringt und sich diese mit dem dreifachen Wert bezahllen läßt. Der Betrüger ist bisher in Krefeld, Elberfeld, Kottbus, Heidelberg und Karlsruhe aufgetreten.

Aus der Landeshauptstadt

Die badische Kunstlotterie. Mit dem Ende der Spielzeit der Bad. Kunstlotterie zugunsten von Freitischen für weniger bemittelte Kunstschüler hat sich die Nachfrage nach den Losen dieser Lotterie ganz bedeutend gesteigert. Die letzten Lose befinden sich gegenwärtig in den Verkaufsstellen hier und allenthalben im Lande. Vor allem haben auch in dankenswerter Weise viele Kunstfreunde durch persönliche Mitarbeit wesentliche Hilfe geleistet und so die Durchführung der Wohlfahrtsangelegenheit wesentlich beschleunigt. Da mit einem vollkommenen Ausverkauf schon in den allernächsten Tagen wohl mit Bestimmtheit gerechnet werden kann, wird dieziehung am kommenden Donnerstag, den 15. Dezember 1927, stattfinden können. Wer zu Weihnachten ein schönes Kunstwert oder gar das prächtige Spinnagel-Herzengimmer gewinnen will, möge sich noch rechtzeitig Lose sichern.

Einem frechen Schwablertrick verübte am Donnerstag vormittag ein etwa 25 Jahre alter junger Mann. Er hielt eine 19 Jahre alte Stenotypistin, die beim Postbedienst auf einen Barschek 345 M. abgab, in der Karlsruher unter dem Vorwand an, es seien falsche Noten zur Ausgabe gelangt, sie möchte wieder mit zur Post kommen. Er führte sie über den Posthof nach dem nördlichen Postgebäude in den zweiten Stock. Dort veranlagte er die Herausgabe des Geldes, gab ihr aber wieder 45 M. zurück mit dem Bemerkten, es handle sich nur um große Scheine. Darauf kopfte er an der Tür eines Dienstzimmers an, ging auch mit der Geschädigten ins Zimmer hinein und sagte zu dem anwesenden Beamten: „Entschuldigen Sie, es handelt sich um falsches Geld, ich muß Erhebungen machen, ich komme gleich wieder.“ Der Geuner verschwand mit 300 M. Am Freitag hat er wieder einem jungen Mann 1400 M. unter der falschen Vorpiegelung abgenommen, es sei ihm ein 50 M. Schein zu viel ausbezahlt worden, er müsse ihm das erhaltene Geld zur Nachprüfung übergeben. Ähnliche Fälle sind schon am 21. Okt. und 11. Nov. 1927 zum Nachteil zweier auswärtiger Firmen hier verübt worden. Es wird vermutet, daß in allen drei Fällen ein und derselbe Täter in Frage kommt.

Badisches Landestheater. Sonntag nachmittags 15 Uhr, als 2. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige „Lolca“, Lustspiel in drei Akten von Puccini. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz. Den „Scarpia“ singt in dieser Aufführung Josef Nühr. Als Abendvorstellung gelangt Sonntag erstmalig neuinstudiert Webers Oper „Der Freischütz“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Josef Krips und die szenische Leitung in Händen von Otto Krauß. Die Bühnenbilder von Lorsten Hecht und die Kostüme von Margarete Schellenberg wurden nach deren Entwürfen in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. — „Der Glücksspieler“ von Gustav Meißel, der am Sonntag, den 11. Dezember im Konzerthaus, von Ulrich von der Trend inszeniert, zur Erstaufführung kommt, hat auf seinem bisherigen Weg über die Bühnen überall die freudigste Aufnahme gefunden. Von den mitwirkenden Darstellern stehen die Damen Frauenborfer, Genet, Quaiser, Ziegler und die Herren Brand, Gernede, Herz, Hader, Klobbe, Schulze und Brüder an erster Stelle. — Mittwoch, den 14. Dezember, wird Plotow's stels so beliebte Oper „Martha“ wieder in den Spielplan des Landestheaters aufgenommen. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Josef Krips. In der Partie des „Honor“ gastiert Ludwig Waldmann vom Stadttheater Dortmund auf Anstellung.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 511
Die drei Niemandskinder

Vortrag über „Hellssehen, Gaukelei, und die Justiz“. Rotgen Sonntag hält der bekannte Seelenarzt und Parapsychologe Dr. Emil August Glogau, Berlin, abends 8 Uhr im Eintrachtsaal einen Vortrag, in dem er über seine Erfahrungen als Sachverständiger im Lehrer Hellssehen-Prozess gegen die Brüder Seiler berichtet und gegen die weitere Anwendung des Gaultier-Paragraphe der Badischen Polizeistrafgesetze sprechen wird. Dr. Glogau hat im Vorjahr hier über die Frage „Gibt es ein Leben nach dem Tode?“ gesprochen. Er gilt als einer der besten Kenner psychischer Phänomene, die er wissenschaftlich mit Ablehnung allen mystischen Schulstoffs behandelt. Karten sind im Vorverkauf, auch am Sonntag selbst von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr bei Kurt Neufeldt, Waldstraße, eine Treppe hoch, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse im Eintrachtsaal zu haben.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Gestern hatten wir trübes und nebligtes Wetter mit Staubbregen, der sich nachts zeitweise verstärkte. Auch heute früh hat das ganze Land Nebel mit Rebellreife. Nur den Feldberg ragt über die bis zirka 1200 Meter reichende Wolkendeckelung hinaus und hat bei Temperaturumkehr gute Aussicht. Wir bleiben weiterhin im Grenzgebiet der Aktionszentren. Für morgen ist daher noch vielfach nebligtes Wetter zu erwarten. Wetterausichten für Sonntag: Vielfach stärkerer Trübung ohne nennenswerte Niederschläge. Temperatur unverändert. Hochschwarzwald heiter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DB. Adelsheim, 10. Dez. In der Nacht zum Freitag um 8 Uhr brach in dem Anwesen von Wilhelm Krey in Gomersdorf ein Brand aus, der sich mit ungeheurer Schnelligkeit verbreitete und trotz angestrengter Arbeit der Feuerwehren des Ortes und der Umgegend drei Wohngebäude nebst Scheunen in Asche legte.

Uglasterhausen, 10. Dez. Seit einigen Tagen hat die Dampfsiegelei ihren Betrieb für die Dauer des Winters eingestellt, nachdem schon vor einigen Wochen 40 Arbeiter entlassen wurden.

DB. Godesheim, 10. Dez. Erst 44 Jahre alt ist Bürgermeister Wilhelm Kinkler nach langem schweren Leiden gestorben. Er war 1923 Bürgermeister der Stadtgemeinde Godesheim geworden, und hat sich als umsichtiger erfolgreicher Kommunalpolitiker zum Wohle unserer Stadt erwiesen.

Offenburg, bei Freiburg, 10. Dez. Gestern früh wurde der Zugverkehr über die Mühlbachbrücke mit zweigleisigem Betrieb wieder aufgenommen, nachdem der Umbau der Brücke fertiggestellt ist.

DB. Schopfheim, 10. Dez. Zu der Mitteilung, daß die Eisenbahnstrecke Schopfheim—Zell (Biesental) nunmehr zweigleisig ausgebaut werden solle, daß die Abfertigung zur Zeit durchgeführt und mit dem Bau alsbald begonnen werde, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht. Der zweigleisige Ausbau der Biesentalbahn, namentlich der Teilstrecke Schopfheim—Zell, ist vorerst nicht beabsichtigt.

DB. Lürach, 10. Dez. Heute vormittag starb in einer Privatklinik zu Basel der langjährige Redakteur des oberbadischen „Volkblatt“ hier, Hans Neher, im Alter von 52 Jahren an den Folgen eines Magenleidens. Noch in diesem Sommer konnte der Verstorbenen das 25jährige Redakteurjubiläum begehen. Hans Neher war eine bekannte Persönlichkeit im oberbadischen Journalistenleben.

DB. Rheinfelden, 10. Dez. Am Freitag starb an den Folgen einer Blinddarmentzündung Bürgermeister Rudolf Vogel, der seit 1919 die Geschäfte der Stadt leitete. Bürgermeister Vogel hat sich um das Gedeihen Rheinfeldens, die jüngste badische Stadt, die eine selten rapide Entwicklung genommen hat, sehr verdient gemacht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Dez.		9. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.26	169.60
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.24	112.46
Italien 100 L.	22.625	22.665	22.70	22.74
London 1 Pf.	20.425	20.465	20.429	20.469
Newyork 1 D.	4.1825	4.1105	4.1840	4.1892
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.475	16.515
Schweiz 100 Fr.	80.31	80.97	80.81	80.97
Wien 100 Schilling	58.98	59.01	58.99	59.11
Brag 100 Kr.	12.398	12.418	12.40	12.42

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 6. Dezember d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh. 11½ d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7777 pence.

Nähmaschinenfabrik Josef Wertheim A.-G. Frankfurt a. M.—Grüner A.-G. Durlach. Die in Frankfurt a. M. abgehaltene Generalversammlung der Deutschen Nähmaschinenfabrik Josef Wertheim A.-G. Frankfurt a. M. genehmigte den mit der Maschinenfabrik Grüner A.-G. Durlach abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag. Nach diesem ist eine technische Konzentration ohne kapitalmäßige Bindung erfolgt. Der Vertrag ist bereits seit einem Jahre in Geltung mitgeteilt worden.

Verschiedenes

Kältewelle in Amerika

W.D. Newyork, 10. Dez. (Tel.) Eine plötzlich aufgetretene Kältewelle verursachte den Tod von 36 Personen. Der Eisenbahnverkehr und der Schiffsverkehr im Seengebiet wird durch Schneestürme stark behindert.

Aljechin zum Schachweltmeister proklamiert

Aljechin wurde, wie aus Buenos Aires gemeldet wird, auf Grund seines Sieges über Capablanca offiziell zum Schachweltmeister proklamiert. Aljechin erhielt von dem 10 000 Dollarpreis 5400 Dollar und eine goldene Medaille; Capablanca erhielt 4600 Dollar.

Staatsanzeiger

Dem katholischen missionsärztlichen Institut in Würzburg wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt. Karlsruhe, den 8. Dezember 1927.
Der Minister des Innern
J. B.: Hörenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Bericht:

Die Justizobersekretäre Wilhelm Karher beim Amtsgericht Sickingen zum Amtsgericht Konstanz und Adolf Münzing beim Amtsgericht Forzheim zum Amtsgericht Karlsruhe Justizassistent August Braun beim Notariat Heidelberg zum Amtsgericht Bühl.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56
Großhandel Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts Kleinhandel

Nachruf.

Am 8. Dezember d. J. verschied im Heidelberger Krankenhaus unser Kollege

Bürgermeister Rinklef
in Hockenheim

nach langem schweren Leiden, das er sich im Beruf zugezogen hat. Der Verstorbene war ein pflichttreuer Kollege von liebenswürdigem, stets hilfsbereitem Wesen, der, obwohl schon lange leidend, bis zur letzten Stunde seine ganze Arbeitskraft in hingebender, treuester Pflichterfüllung seiner Stadt und dem Wohl der Bürger opferte.

Wir werden dem Heimgegangenen auch über das Grab hinaus ein treues Andenken bewahren.

Die Bürgermeister des Bezirks Mannheim:
I. A.: Becherer.

© 968

Sonntag

11. Dezember, 8 Uhr, Eintracht
Der bekannte Parapsychologe
DR. E. GLOGAU-BERLIN
der Sachverständige im

Lahrer Hellscher-Prozess
gegen die Brüder Seiler

wird über die Verhandlungen berichten und einen Vortrag halten über das Thema:
Hellscher — „Gaukelei“ — und die Justiz
Karten zu 1, 1,50, 2 und 3 RM. bei

KURT NEUFELDT
Waldstraße 29

KARLSRUHE KAISERSTR. 104

FRIEDR. BLOS
FF. PARFUMERIEN
TOILETTEGEGENSTÄNDE

VORNEHME GESCHENK- & REISEART.
ELEGANTE LEDERWAREN
HAUSHALT-ART.

BADEN-BADEN FILIALE LICHTENTALERSTR. 7

© 971

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 **Karlsruhe i. B.** Hirschstr. 40
©. 768 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Spar- und Waisenkasse St. Peter

Vermögensdarstellung auf 1. Januar 1927

Vermögen.	RM.	Schulden.	RM.
Hypothekendarlehen	33 400,—	Guthaben der Einleger	75 231,82
Schuldenscheindarlehen	47 050,—	Anlehenskapitalien	9 225,—
Bankguthaben	2 000,—		
Einnahmerückstände	3 534,30	Reinvermögen	9 586,21
Barvorrat	7 558,23		
Inventar	500,—		
	94 043,03		94 043,03

Feststellung der Baufluchten in der Hardtwaldsiedlung und im Fasanengarten betr.

Der Stadtrat hier hat die Aufhebung der Baufluchten der Damaststraße zwischen Friedrich-Blöschstraße und Dunkelallee und der Böckerschlagstraße in der Hardtwaldsiedlung und die Neufeststellung der Baufluchten der Böckerschlagstraße und der Straße längs des Flugplatzes, ferner die Feststellung der Baufluchten im Fasanengarten beantragt.

Das Nähere ergibt sich aus den Plänen, die 14 Tage lang vom Tag des Erscheinens dieser Bekanntmachung an auf der Kanzlei des städtischen Tiefbauamts hier zur Einsicht auflegen.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind bis spätestens 31. Dezember 1927 beim Bezirksamt oder beim Oberbürgermeister hier bei Ausschlußvermeiden geltend zu machen.

M. 80

Karlsruhe, den 8. Dezember 1927. D.-S. 155/156.
Bad. Bezirksamt Abt. II.

Leichenwagen
liefern als Spezialität
Lorcher Fahrzeugwerke
G. m. b. H. ©. 931
Koch Nr. 9, Württemberg

Jede Ausführung vorzüglich, günstige Zahlungsbedingungen. Angebote und Bilder kostenlos. Gebraucht, sehr gut erhaltener **Santitätswagen** auf Gummirädern sehr preiswert abzugeben.

Leib Bücher
Wissen ist Macht!

Laßt Euch kaufen in Raten

raten **DBG**



Anzahlung **8** Monatsraten

Beamte, Festangestellte und alle Kunden ohne jede Anzahlung.

Herrn-, Damen-, Kinder-Konfektion
— Größte Auswahl —

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
m. b. H.

Kronenstraße 40 Karlsruhe Ecke Markgrafenstraße

An den beiden Sonntagen vor Weihnachten von 11—6 Uhr geöffnet

Doppelt wird die Freude werden. Wenn des Schenkens edler Zweck Dem Beutel, dem so viel begehrten, Nicht alles schnappt auf einmal weg! Und Ihr könnt' doch alles haben, Was sich nur erdenken läßt! An nützlichen und guten Gaben Für das liebe Weihnachtsfest: **Burschen-, Knaben-, Sport-Anzüge, Die ein jeder gerne trägt, Hüßt' er nur, daß er sie dann Auch auf Raten haben kann; Hüte, Mützen und Strawatten Stellen alles in den Schranken, Was man bisher sah dergleichen In der letzten Mode Zeichen; Schlafanzüge, Hemden, Stutzen Mögen fein heraus Euch puzen. — Und ein Anzug die nach Maß Macht gar manchem hohen Späß! Damen-, Wadlich-, Mädchen-Kleider, Damen-Wäsche und so weiter. — Auf Châtelongue- u. wollenen Decken Käpt es sich behaglich strecken, Außerdem gibt's Bettvorlagen Und brauch' ich es noch zu sagen! Schirme, Teppiche, Gardinen, Stufen selbst aus Wolleausfällen, Tisch- und Bett- und andre Zeug **Kauf's auf Raten, rat ich Euch!****

Kauft Spezial-Parkett-Bohner nur im Bürsten-Fachgeschäft

denn für beste Qualität und neueste Konstruktion wird garantiert Stück **5,50, 8,75, 11,50 RM.**

Erneuerung abgenutzter Parkettbürsten prompt und billigst bei

RIES, Ecke Friedrichsplatz Nr. 7
Bürsten, Pinsel, Schwämme, Käme, Matten

© 965

Das Stoffamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert am 16., 19. und 20. Dezember 1927, jeweils 8 Uhr und 14 Uhr beginnend, in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Maxaubahnhof) öffentlich gegen Vorzahlung **Fahndachen** vom III. Vierteljahr 1927 u. unanbringliche **Frachtwagen**, darunter Photoapparate, Uhren, Schmuckwaren — unter diesen ein **Ebering (Fand) — Augenkläser, Stuhl mit Gebiß, Fahrräder, 2 Rollen starke Leinwand, 80 m/60 cm und 20 m/160 cm breit.** Die besonders genannten Gegenstände werden am 16. Dezember 1927 von 10 Uhr an ausbezogen. M. 96

Badisches Landestheater
Sonntag, 11. Dezember 1927
Nachmittags 15 Uhr
2. Vorstellung der **Sondermiete für Auswärtige**

Tosca
von Puccini
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
Regie: Robert Lebert

Tosca von Hartung
Cabarcossi
Scarpia
Angelotti
Mehner
Splotta
Sciarrone
Schlieker
Hirt
Anfang 15
I. Rang und I. Sperritz 4 RM.

Sonntag, 11. Dezember 1927
Abends
* E 11 Th.-Gem. 701—800
Neu einstudiert
Der Freischütz
von Weber
Musikalische Leitung: Josef Krups
In Szene gesetzt von Otto Kraus

Fücht
Stuno
Müß
Löser

Agathe Kasper
Samuel Kilian
Eremit
Brau- jungfern
Jäger

Fang Blank
Kaspar Dr. Bucherpfennig
Witt
Reiter
Kaufkötter
Bogel
Seiberlich
Burgess
Fischbach
Winter
Leib
Busch
Paulus
Oster
Hermesdorf
Mündy
Gröbinger
Rindemann
Kilian

Chöre: Georg Hofmann
Anfang 19¹/₂, Ende nach 22¹/₂
I. Rang und I. Sperritz 8 RM.

Montag, 12. Dezember 1927
* B 12 Th.-Gem. 101—200 und 301—400

Der Diktator
von Romains

In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend

Denis Fereol
König
Murrey
Wittels
Bischof
Luzac
Richard
Siblet
Fiorigni
Erster Mann
Zweiter Mann
Kammerherr
Kanzleischef
Reihe
Königin
Madeleine
Jeanne
Frau
Schreibfräulein

Hierl
Dahlen
Reitgeb
Höder
Beand
Reiter
Graf
Moebke
Hera
Schulz
Vreden
Müller
Schneider
Weidner
Mehner
Gemmecke
Ermath
Mietens
Rademacher
Center

Lautenschläger
Anfang 20 Ende geg. 22¹/₂
I. Rang und I. Sperritz 5 RM.

Di. 13. Dez. Neu einstudiert:
Cavalleria rusticana.
Hierauf: Neu einstudiert:
Der Bajazzo.

Im Städt. Konzerthaus
* Sonntag, 11. Dez. 1927
Zum erstenmal
Der Glückspilz
von Nidel
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend

Reinhold
Wachtel
Drovin
Jean
Ulrike
Grete
Justizrat
Aurelie
Müller
Dr. Berner
Otto
Viermann
Levi
Welsch
Standesbeamte
Küfer
Stubenmädchen

Kloebke
Müller
Schulze
Hetz
Frauendorfer
Quaifer
Walter
Ziegler
Gemmecke
Höder
Schneider
Mehner
Graf
Brand
Center
Reinath
Dtholt

Lautenschläger
Anfang 19¹/₂, Ende 22
I. Barfett 4,20 RM.

COLOSSEUM
Waldstr. 18 Tel. 5599

Täglich abends 8 Uhr
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr

Zauberschau
KASNER

Entzückend! Fabelhaft! Unerhört! Sowa! Sowa!
„Er“ ist einzigartig!
Einer sagt dem Andern